

Antrag

der Abgeordneten **Königsberger, Waldhäusl, Ing. Huber, Landbauer, Gabmann**
und **Dr. Von Gimborn**

betreffend: **Betretungsverbot von öffentlichen Bädern in Niederösterreich für männliche Asylwerber bzw. Asylanten**

Die Übergriffe durch männliche Asylwerber bzw. Asylanten in unseren öffentlichen Hallenbädern häufen sich: Im Wiener Theresienbad wurde ein Bub von einem Iraker missbraucht, im Salzburger Paracelsusbad klagen Frauen über massive Belästigungen, im Florian Berndl-Bad in Korneuburg haben kürzlich sieben Asylwerber die Damenduschen gestürmt. Weiters machte sich im Linzer Parkbad ein nach Medienberichten „südländisch“ aussehender Mann im Kinderbecken an einen Buben heran und nahm dabei sexuelle Handlungen an sich selbst vor. Und im Hütteldorf Bad kletterten zwei junge Asylwerber auf die Duschkabinen, um Frauen zu beobachten. Als sie vom Personal des Hauses verwiesen wurden, beschimpften sie österreichische Frauen im Allgemeinen auf das Übelste. Alle diese Übergriffe fanden im Jänner 2016 statt.

Mittlerweile haben österreichische Frauen und Kinder berechtigte Angst vor derartigen Vorfällen in öffentlichen Hallenbädern. Dahingehende Äußerungen in sozialen Medien, Zeitungen und auch in zahlreichen persönlichen Gesprächen sind mittlerweile an der Tagesordnung. Dass sich die Situation nach Öffnung sämtlicher Freibäder im Frühjahr deutlich verschärfen wird, liegt auf der Hand.

Die Freiheitlichen und die weiteren Antragsteller treten daher für ein umgehendes Betretungsverbot von sämtlichen niederösterreichischen Hallen- und Freibädern für männliche Asylwerber bzw. Asylanten ein, wo bereits Übergriffe stattgefunden haben. Es kann nicht sein, dass Frauen und Kinder aus Angst vor Belästigungen, Übergriffen oder gar Vergewaltigungen öffentliche Einrichtungen – errichtet mit öffentlichen Mitteln - vermehrt meiden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der NÖ-Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für ein Betretungsverbot von öffentlichen Bädern in Niederösterreich für männliche Asylwerber und Asylanten aus.
2. Die NÖ-Landesregierung wird aufgefordert, umgehend alles Notwendige zu unternehmen, damit ein Betretungsverbot von öffentlichen Bädern in Niederösterreich für männliche Asylwerber und Asylanten umgesetzt wird.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zuzuweisen.